

## **Protokoll 11. bundesweites Treffen Aktionsbündnis Sozialproteste am 1. April 2006 in Göttingen**

Protokollant: Helmut Woda

Das Treffen fand im Gemeindesaal der Reformierten Gemeinde in Göttingen von 13 bis 17 Uhr statt.

Folgende Tagesordnungspunkte waren mit der Einladung vorgeschlagen worden:

- **Stand Zwangsumzüge / Bericht von Pressekonferenz** Peter Grottian
- **Stand Zeitung "Artikel Eins"** Ottokar Luhn
- **Bericht Finanzen, weitere Möglichkeiten** Edgar Schu
- **Bundesweite Demo 3.6., Bericht des Standes** Edgar Schu
- **Bericht zum Versenden der "eiligen" Rundmail am 9.3.06, Thema Rahmenantrag, was nicht mit gesamtem Koordinierungskreis abgestimmt war.** Edgar Schu
- **Stellungnahme zu Aktivitäten in Verbindung mit ver.di-Streik** Detlef Spandau, Roland Klautke
- **Bericht vom Anzeigenkreis, ein Treffen mit Gewerkschaften, Attac usw.** Helmut Woda
- **Berichte von weiteren Konferenzen und Aktivitäten (Tribunale, Armutskonferenz, usw.)** Wer berichten möchte
- **Strategie und Taktik, auch Forderungen des ABSP** Eingangsstatement: Ottokar Luhn; Moderation der Diskussion: Helmut Woda
- **Nächstes Arbeits- und nächstes bundesweites Treffen**
- **Aktuelles**

Moderation: Jürgen Belitz und Edgar Schu

### **TOP 1: Begrüßung und kurze Vorstellungsrunde**

Anwesend waren 42 Vertreter/innen aus Aschersleben, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Dortmund, Dresden, Göttingen, Gotha, Halle, Höxter, Karlsruhe, Kassel, Gießen, Grünberg, Halle, Leipzig, Magdeburg, Minden, Nordhausen, Nürnberg, Saarbrücken und Sondershausen.

### **TOP 2: Berichte**

#### **2.1 Aktionen zur Fußball WM**

Die Eintrittskarten werden vergleichbar sein mit elektronischen Fußfesseln angesichts der Hochsicherheitsaufrüstung des Sicherheitsstaates zur Fußball WM.

Die hohe öffentliche Aufmerksamkeit soll aber trotzdem für Aktionen genutzt werden. Möglich sind z.B. Armutscamps.

#### **2.2 Stand Zwangsumzüge / Bericht von Pressekonferenz**

Die Pressekonferenz zu der Kampagne gegen Zwangsumzüge rief ein breites Presseecho hervor. Allerdings haben traditionelle bürgerliche Medien die Informationen verschwiegen. Ziel der Kampagne ist es, wieder mehr Dynamik in der sozialen Widerstandsbewegung auszulösen. Spektakulär wahrnehmbare Aktionen sollen Auseinandersetzungen auf Bundesebene erzwingen, um die sozialpolitische Angstmaschinerie zu diskreditieren.

Etwa 500 000 Haushalte sind aktuell von Zwangsumzügen bedroht, etwa 800 000 Menschen sind dadurch direkt betroffen. Diese Zahlen könnten noch wesentlich höher liegen.

Finanziell hat die Verringerung der Kosten der Unterkunft nur unwesentliche Einspareffekte, bei den Zwangsumzügen geht es daher mehr um die Verwirklichung eines weiteren Repressionsinstrumentes. Aktionsvorschlag: Abgeordnete gleichzeitig in bis zu 30 Städten "zwangsumzuziehen" und die Presse dazu einzuladen, um den Wahnsinn aufzuzeigen und bundesweite Aufmerksamkeit zu erzeugen. Zusätzlich geht es selbstverständlich immer noch um die Möglichkeit, exemplarisch Zwangsumzüge konkret zu verhindern, als gelebte Kiezsolidarität. Als weitere Aktion wurde das demonstrative Campen vor der ARGe erwähnt.

## **2.3 Zeitung**

Als Name der Zeitung wurde "Artikel 1" abgestimmt, Hintergrund ist der Artikel Eins des Grundgesetzes: die Würde des Menschen ist unantastbar.

Das Zeitungsprojekt ist inzwischen sorgfältig durchgeplant. Für die Konzeption des Zeitungsprojekts ist vom 28. bis 30. April ein Wochenende des Redaktionskollektivs in Göttingen vereinbart, um mit allen Beteiligten an einem Tisch die Zeitung auf den Weg zu bringen. Rückfragen bitte an Holdger Platta, Platta-Marggraf(at)t-online.de.

## **2.4 Finanzen**

Die Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt hat Mittel für Fahrtkosten zu den Treffen bereitgestellt. Dadurch können in begrenztem Umfang 50% der Fahrtkosten erstattet werden. Härtefälle, in denen dieser Prozentsatz nicht ausreicht, sollen gelöst werden.

Für einen Antrag auf Basisfinanzierung der Arbeit des ABSP (z.B. Finanzierung eines "Bewegungsarbeiters" ähnlich wie bei attac) ist ein Vorlaufprojekt Voraussetzung. Das könnte ein Projekt zur Erstellung einer soliden Datenbasis zum Thema Zwangsumzüge sein. Diese Arbeit steht jetzt an, dafür ist aber nicht genügend Kapazität vorhanden. Ein Projektantrag dazu wird von der Versammlung befürwortet.

Wichtig ist eine verlässliche Eigenfinanzierung des Aktionsbündnisses. Diese stößt auf große Schwierigkeiten, weil die Initiativen selber nur wenig Geld haben. Vorgeschlagen ist ein Bündnisbeitrag von zwischen 5 und 30 Euro monatlich. Dazu sind bisher lediglich drei Initiativen bereit und in der Lage.

Das reicht nicht aus. Es ergeht die dringende Bitte, dass sich weitere Initiativen anschließen.

## **2.5 Bundesweite Demo 3.6.**

Die Vorbereitungen sind in vollem Gange, dazu trifft sich ein eigener Vorbereitungskreis, in dem das Aktionsbündnis Sozialproteste intensiv mitarbeitet.

In diesem Vorbereitungskreis sind Gewerkschaften bisher nicht vertreten. Das Aktionsbündnis möchte, dass sich das ändert, und will diese Sicht dem Vorbereitungskreis bei seiner nächsten Sitzung vorschlagen.

## **2.6 Versenden der "eiligen" Rundmail am 9.3.06**

Als Reaktion auf die "eilige" Rundmail wurden über 50 unterschiedliche, individuell formulierte Protestmails an die Linkspartei abgesandt. Die Versammelten befürworteten Edgar's schnelle Reaktion und bitten "um weitere Mails", d.h. dass zukünftig auch schnell reagiert werden soll.

## **2.7 Stellungnahme zu Aktivitäten in Verbindung mit ver.di-Streik**

Der diskutierte Vorschlag, ob als Reaktion auf richtige Aktionen der Gewerkschaft ver.di für Mitgliedschaft zur Gewerkschaft geworben werden soll, war kein Aufruf zur Auflösung des Aktionsbündnisses Sozialproteste. Sicherlich hat der Streik Hintergründe in strategischen Fehlern bei abgeschlossenen Tarifverträgen, sicherlich sind auch die aktuellen Forderungen ungenügend, trotzdem wird der Streik durch das Aktionsbündnis unterstützt und die Unterstützung sollte stärker ausfallen.

## **2.8 Bericht von der Sitzung des "Anzeigenkreises"**

Der Anzeigenkreis bezieht seinen Namen von der Initiative von Gewerkschaftern und Vertretern der Sozialen Bewegungen, in einer gemeinsamen Anzeige seinerzeit für alle drei Termine der Proteste gegen die Bolkesteinrichtlinie gleichwertig und gemeinsam aufzurufen.

ABSP war zwar damals daran nicht beteiligt, wurde aber zum weiteren Termin eingeladen.

Der Anzeigenkreis, der bei Horst Schmitthener in Frankfurt zusammen kam, will weiter in loser Form zusammenarbeiten, um das Gemeinsame von Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen zu stärken. Im Sinne der Bedrohungen, unter denen zur Zeit die Gewerkschaften stehen und deren Resultate sich verheerend auch für die sozialen Bewegungen auswirken können, ist es sinnvoll, an diesem Kontakt und dieser Zusammenarbeit langfristig festzuhalten.

## **3. Strategie und Taktik, auch Forderungen des ABSP**

Die Einführung hatte Ottokar Luhn vorbereitet. Er stellte die Systematik vor, die zu diesem Thema zu bearbeiten ist:

#### **- Analyse des Standes der Protestbewegung**

- a) Einschätzung unserer eigenen Arbeit, welchem politischen Spektrum sind die Bündnisse zuzuordnen,
- b) Einschätzung unserer "Freunde" (Verbündeten),
- c) Einschätzung des politischen Gegners,

#### **- unsere Definition der sozialen Protestbewegung**

- a) welches Spektrum der Bevölkerung repräsentieren wir
- b) welchen politischen Anspruch erheben wir

#### **- unsere Organisation**

- a) Standorte der Bündnisse mit Einstufung ihrer Aktivitäten (sehr aktiv, aktiv, korrespondierend),
- b) Struktur, durch was ist der KoKreis legitimiert,

#### **- unsere Vorgehensweise**

- a) Wirksame Maßnahmen und Methoden ableiten,

Obwohl für diese Diskussion wenig Zeit zur Verfügung stand, ist sie auf breites Interesse und engagierte Beteiligung gestoßen. In kurzer Zeit entstand eine beeindruckende Sammlung von Vorschlägen. Diese werden im weiteren aufgelistet. Bis zum nächsten Treffen besteht nun Gelegenheit, die vielen Ideen zu ergänzen, sie zu verarbeiten und zu konzentrieren, um auf dem nächsten Treffen daraus Orientierungen entwickeln zu können.

Vorschläge:

auf Aktionsformen konzentrieren  
Gesundheitsfolgen herausstellen  
griffige durchschlagende Losungen entwickeln  
den Schulterschluss mit den Gewerkschaften herstellen  
Zwangsumzüge verhindern  
Kampagne gegen Zwangsumzüge zentral organisieren  
Protest gegen Mandatsträger organisieren  
Gemeinheiten an die Öffentlichkeit zerren  
Erwerbslose als Abgeordnete in Parlamente bringen  
Grundeinkommen mit aufrechtem Gang durchsetzen  
auf Aktionstage konzentrieren  
Podiumsdiskussionen organisieren  
konkrete Hilfe vorbereiten und leisten

#### **4. Nächster Termin**

10. Juni 2006 in Leipzig

Mit solidarischen Grüßen

Jürgen Belitz, Peter Grottian, Ottokar Luhn, Thorsten Lux, Edgar Schu, Helmut Woda